



# MALXE BLATT

*mit Herz und Schnauze*



5/2012

## **DIE LINKE.** -Zeitung für Forst und Umgebung

### 1. Mai 2012: Wir waren dabei!



Der 1. Mai, ein sehr traditionsreicher Tag, an dem sich die Gewerkschaften zu recht laut und überzeugend zu Wort melden. In diesem Jahr unter der Losung »Gute Arbeit für Europa – Gerechte Löhne und soziale Sicherheit«. Auch in diesem Jahr haben wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften IGBCE, Verdi und IG Bau und anderen Vereinen in Forst zu Wort gemeldet. Mittlerweile ist es schon Tradition, sich am Tag der Arbeit auf dem Max-Seydewitz-Platz zu treffen.

Es ist wichtig, für Themen wie einen gesetzlichen Mindestlohn und gegen Hungerlöhne und Leiharbeit in der Öffentlichkeit aufzutreten, um diese nachhaltig einzufordern. Aus diesem Grund werden wir auch im nächsten Jahr wieder im Zentrum von Forst an traditionsreicher Stelle zu finden sein.

*Anke Schwarzenberg, Ortsvorsitzende*



**D**ie letzte Sitzung der SVV war im öffentlichen Teil eigentlich nicht von besonders bemerkenswerten Beschlüssen geprägt. Allerdings stecken die

#### **Probleme oft in den kaum wahrnehmbaren Dingen.**

Die Erschließungssatzung der Stadt wurde neu beschlossen. Diese wird immer dann für Grundstücksbesitzer interessant, wenn die dazugehörige Straße erstmals ausgebaut wird. Die jetzige Satzungsänderung beruht auf gerichtlichen Entscheidungen und macht die Beitragsberechnung nicht einfacher, sondern komplizierter. Jeder betroffene Grundstücksbesitzer sollte deshalb die angebotenen Infoveranstaltungen zum Straßenbau nutzen. Die Verwaltung hat zugesagt, die neue Rechtslage auch an praktischen Beispielen zu erläutern. In den nächsten Monaten werden wir uns in der Stadt erneut mit dem Thema Abwasser beschäftigen müssen. In vielen anderen Gemeinden des Landes Bran-

## Es geht immer ums Geld

denburg ist dies schon ein Thema heftiger Auseinandersetzungen. Es geht um die Frage, wie die bereits vor 1990 an das Abwassernetz angeschlossenen Grundstücke zu Beiträgen heranzuziehen sind. Ein entsprechendes Urteil des Obergerichtes Berlin-Brandenburg zwingt zum Handeln. Welche finanziellen Folgen dies für betroffene Grundstücksbesitzer haben wird, lässt sich frühestens nach einer entsprechenden Flächenberechnung bestimmen. Der Hauptausschuss hat in seiner letzten Sitzung einen ersten Beschluss dazu gefasst. Ein Satzungsentwurf der Verwaltung liegt ebenfalls bereits vor. In einer Zeitschiene ist der Satzungsbeschluss für die letzte Sitzung der SVV im Jahr 2012 vorgesehen. Zuvor sind umfangreiche Beratungen und Bürgerinformationen geplant. Mit Sicherheit werden dies für alle Beteiligten keine vernünftigen Veranstaltungen werden. Spätestens wenn klar ist, welche finanziellen Folgen dies für Betroffene hat, wird auch in Forst ein rauer

Wind wehen. Wenn Verwaltung und Abgeordnete den in Grenzen halten wollen, wird es darauf ankommen, eine rechtlich perfekte Satzung zu erstellen. Dafür hängt die Latte allerdings ziemlich hoch, aber es ist ja nicht verboten, aus den Verfahren in anderen Städten des Landes die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Politische Gewinner kann es in diesem Verfahren sowieso nicht geben. Wenn auf Bürgerinnen und Bürger Kosten zukommen, die schwer nachvollziehbar sind, ist der Ärger vorprogrammiert. Vernünftiger wäre eine fachliche Arbeit, zu der am Ende alle Fraktionen und die Verwaltung stehen können. Das veränderte Kommunalabgabengesetz ist übrigens 2008 noch von der SPD/CDU-Koalition im Land beschlossen worden.

Im nicht öffentlichen Teil der SVV-Sitzung wurde eine Zwischenbilanz zur Neustrukturierung des Forster Krankenhauses gezogen. Nun kann hier nicht über inhaltliche Ergebnisse berichtet werden. ➤ S. 2

## Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen euch allen, die ihr euch nach anstrengendem Mai-käffereinsammeln eine Ruhepause gönnt, um genussvoll unser Blättchen zu lesen!

Obwohl fröhlich gestimmt, wissen wir trotzdem, »Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus!« ... und verdecken dadurch zum Glück so manche Dreckecke in Forst. Nur gut, dass es da unseren Stadtverordneten Wolfgang S. von der Fraktion »Wir für uns« (oder so ähnlich) gibt. Er fordert jetzt mehr Reinigungskolonnen in der Stadt, um dem Problem Herr zu werden (LR vom 21.04.12). Welch ein Glücksfall, auch wenn noch nicht klar ist, an welche Kolonnen unserer Klugling dabei gedacht hat. Bestimmt meint er, und das finde ich toll, dass die städtische Verwaltung gemeinsam mit den Abgeordneten seiner Fraktion an der Spitze solche Einsätze durchführen wird!? Sie müssen ja nicht gleich

»Subotnik« heißen. Bis zur Jubiläumsreinigung im Rosenjahr 2013 hätten sie da 'ne Menge zu schrubbten, auch wenn das natürlich nicht so viel Spaß macht, wie zum Beispiel lesenden Geringverdienern Bibliotheksgebühren aus der Tasche zu ziehen. Traurig nur, dass es dafür keinen Betonkopf gibt. Den erhält, und darauf sind wir Spree-Neißler auch alle stolz, das Amt Döbern-Land für die Sanierung der Kita in Trebendorf. Der Betonkopf solle, so das Gerücht, die Züge des Mitverantwortlichen Uwe E. tragen. Deshalb nicht so bescheiden Herr Fachbereichsleiter – 380.000 Euro für eine nicht behindertengerechte Kita-Sanierung auszugeben, das muss man erst mal nachmachen. Auch der Gedanke, mögliche Nachforderungen (LR 05.05.12) finanziell zu Lasten der Kinder durchführen zu wollen, ist Klasse, das verdient eine zweite Auszeichnung – wie wär's mit vorzeitigem Ruhestand, Uwe?!, Vielleicht schenkt Dir ja jemand einen Rollator, damit Du in der neuen Kita die Früchte Deiner Arbeit mal selbst hautnah genießen kannst. Wie wunderbar, dass es solche Mitmenschen gibt!

Tschüss, Euer *Schorschel*

## Betonkopf 2012 geht nach Spree-Neiße

Am 05.05.2012 fand traditionell zum 9. Mal anlässlich des Aktionstages des Allgemeinen Behindertenverbandes Land Brandenburg e.V. (ABB e.V.) die Verleihung des Betonkopfes statt. Der Betonkopf ist ein Negativpreis für besonders krasse Verstöße gegen das Baurecht und soll die damit verbundene Diskriminierung behinderter Menschen öffentlich machen. Die Verleihung des Betonkopfes ist eine öffentliche Veranstaltung, die jedem zugänglich ist.

Aus zahlreichen Vorschlägen, die der Jury zur Verleihung des Betonkopf gemacht wurden, entschied sich diese, folgende drei Objekte in die engere Wahl zu ziehen:

1. Bahnhof Borkenheide (Landkreis Potsdam Mittelmark)
2. Kindertagesstätte Trebendorf (Landkreis Spree-Neiße)
3. Aus- und Fortbildungszentrum Königs Wusterhausen des Landes Brandenburg (Landkreis Dahme-Spree-wald)

### Es geht immer ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir dürfen aber feststellen, dass es entsprechend der vorgestellten Fakten hoffnungsvolle Möglichkeiten gibt, das Krankenhaus als kommunale Einrichtung langfristig zu erhalten. Dies ist für uns als LINKE ein entscheidender Punkt bei der zukünftigen Entwicklung, eine Privatisierung wird es mit unserer Zustimmung nicht geben. Wir setzen dabei auch auf die klare Aussage der Landesregierung, alle Krankenhausstandorte in Brandenburg zu erhalten.

**Ingo Paeschke**

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE  
der SVV Forst

Die Jury entschied sich letztlich, den Betonkopf 2012 der Kindertagesstätte in Trebendorf, Gemeinde Wiesengrund, Landkreis Spree-Neiße, zu übergeben.

**Begründung:** Die Sanierung dieser Kita erfolgte nicht barrierefrei. Im Zuge der Sanierungsarbeiten wurde sogar der einzige barrierefreie Zugang zur Einrichtung entfernt. Dafür gab es keinen ersichtlichen Grund. Das Gefälle der alten, nachträglich entfernten Rampe hat die Nutzung für Rollstuhlfahrer ermöglicht, und auch wenn sich der Haupteingang an anderer Stelle befand, wurde so allen mobilitätsbehinderten Menschen ein Zugang zur Einrichtung ermöglicht.

Barrierefreiheit ist keine Frage der individuellen Nachfrage, sondern ein Bürgerrecht, das nicht erst bei Nachfrage zu gewähren ist und die Sichtweise, für behinderte Menschen gäbe es ja andere geeignete Einrichtungen, ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Auch diese Menschen haben den Anspruch, mit voller Selbstverständlichkeit die gleichen Lebensräume zu nutzen wie ihre nichtbehinderten Mitbürger. Das ist der Geist der UN-Behindertenrechtskonvention, des Grundgesetzes und nicht zuletzt auch der Verfassung des Landes Brandenburg.

Für die Sanierung der genannten Einrichtung wurden Fördermittel in Höhe von 242.000 Euro aus dem EU-ELER-Programm bereitgestellt. Mittel aus diesem Programm sind jedoch zwingend an barrierefreies Bauen gebunden. Das geht aus der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11.07.2006 über die Vergabe von Mitteln aus dem europäischen Fonds eindeutig hervor. Im Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 heißt es dort wörtlich: »Insbesondere der Zugang für Behinderte ist eines der Kriterien, die bei der

Festlegung der aus Mitteln der Fonds kofinanzierten Vorhaben sowie auf den verschiedenen Stufen der Durchführung zu beachten sind.«

Wer also Fördermittel aus diesen Programmen in Anspruch nimmt, hat die Pflicht, eine Einrichtung zu schaffen, die behinderte Menschen nicht ausschließt. Dazu kommt, dass das Land Brandenburg im aktuellen Diskussionsprozess den Aufbau eines inklusiven Bildungssystems vorantreibt. Dazu gehören nicht zuletzt auch barrierefreie Kindertagesstätten als Einrichtungen der frühkindlichen Bildung.

Die Gemeinde Wiesengrund wurde bereits frühzeitig auf die Schaffung der Barrierefreiheit hingewiesen. Dass es nun trotzdem mit der Eröffnung der sanierten Kindertagesstätte einen Rückschritt hinsichtlich der Barrierefreiheit gibt, ist unseres Erachtens das Ergebnis einer bewussten Entscheidung des dafür verantwortlichen Bauherren.

(Gekürzte Fassung. Den vollständigen Text finden Sie auf unserer Homepage [http://www.dielinke-lausitz.de/partei/ag\\_ag/ag\\_soziales\\_forst/](http://www.dielinke-lausitz.de/partei/ag_ag/ag_soziales_forst/))

Quelle: Allgemeiner Behindertenverband Land Brandenburg e.V. | [www.betonkopf-brandenburg.de](http://www.betonkopf-brandenburg.de)

**Uwe Neuer**

Sachkundiger Einwohner Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss des Kreistages  
Landkreis Spree-Neiße

### Spruch des Monats

»Erfolg steigt nur zu Kopf,  
wenn dort der erforderliche  
Hohlraum vorhanden ist.«

**Manfred Hinrich**

# Familienpolitisches Trauerspiel

»Was die Bundesregierung derzeit in der Familienpolitik bietet, ist ein Trauerspiel ersten Ranges. Ausgerechnet beim unsinnigsten aller Projekte, dem Betreuungsgeld, spricht die Kanzlerin ein Machtwort, während viele durchaus sinnvolle Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag auf die lange Bank geschoben oder gleich ganz beerdigt werden«, kommentiert Diana Golze den fortdauernden Koalitionsstreit um das geplante Betreuungsgeld. Das Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Keines der familienpolitischen Ziele, die sich die Koalition gesteckt hat, ist bislang erreicht worden. Familienbewusste Arbeitszeit? Außer hilflosen Versuchen, die Wirtschaft zu einer Selbstverpflichtung zu bewegen, ist nichts passiert. Weiterentwicklung des Elterngeldes? Den Hartz-IV-Empfängern wurde es gestrichen, von der ver-

sprochenen Ausweitung dieses familienpolitischen Herzstücks ist keine Rede mehr. Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses? Auch hier herrscht Stillstand, angeblich weil das Vorhaben zu teuer ist. Auf das angekündigte Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Situation Alleinerziehender warten die Betroffenen immer noch. Und die Zunahme der Kinderarmut wird von der Regierung regelmäßig ignoriert.

Die zuständige Ministerin ist anscheinend abgetaucht. Jedenfalls ist von Kristina Schröder in der Debatte um das Betreuungsgeld kaum etwas und erst recht nichts Sachdienliches zu hören – obwohl der entsprechende Gesetzentwurf doch von ihrem Ministerium erarbeitet werden soll. Diese Vogel-Strauß-Strategie ist symptomatisch und offenbart die Unfähigkeit der Bundesregierung, vernünftige gesellschaftliche Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen.« 24.04.2012

## Gregor Gysi in der BTU

Wie immer, wenn Gregor Gysi spricht: sein Stil fesselt jedes Publikum. So auch am 16. April bei seinem Auftritt in der BTU zum Thema »Bildungsland Deutschland«. Das Audimax mit 500 Sitzplätzen war hoffnungslos überfüllt, nicht nur mit Studierenden.

Anfangs zeigte Gysi, dass zwischen der niedrigen Geburtenrate und der geforderten Flexibilität der Arbeitnehmer Widersprüche bestehen. Zusätzlich erschwert das föderale deutsche Schulsystem das Lernen. »Sollen etwa Paare mit drei Kindern ständig der Arbeit hinterherziehen und ihre Kinder laufend andere Lehrpläne ertragen?« Das beißt sich auch mit der angestrebten europaweiten Vereinheitlichung der Universitäts-Studiengänge. Darum forderte Gysi unter Beifall bundesweit angeglichene Lehrpläne der Schulen. Langes gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule stärkt den sozialen Zusammenhalt, denn »Wer Kinder früh trennt, selektiert sozial.« Die Zusammenlegung einer Fachhochschule und einer Universität als »Bologna-Universität« ist in Lüneburg gescheitert. Deshalb ist eine breite Debatte solcher Vorhaben notwendig. Die Zugangsbeschränkungen zum Masterstudium sind unzulässig, da sie den dafür abgelehnten Studierenden lebenslange Einkommensverluste zumuten. Weil die Unis unterfinanziert werden, tritt Stress an die Stelle von Leichtigkeit des Wissenserwerbs. »Jeder, der Bildungsgerechtigkeit und andere gerech-

te Verhältnisse herstellen will, ohne Steuergerechtigkeit zu schaffen, lügt« – so Gysi.

Scharf kritisierte Gysi, dass Krieg zur normalen Politik wird. All die angeblich gegen den Terrorismus geführten Kriege sind verlogen, weil die BRD zum Geldgeber der Al Kaida – Saudi-Arabien – beste Beziehungen pflegt. Gysi appellierte an die Zuhörer: »Schaffen Sie eine Gesellschaft, in der Kriege ausgestorben sind.« Der Nahostkonflikt ist gefährlich.

Die PDS forderte bei der Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung damals: »EURO – so nicht«, weil dabei nichts zur sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Annäherung beschlossen wurde. Dennoch müssen wir nun den EURO beibehalten. Die USA bekämpfen ihn als Konkurrenzwährung zum US-Dollar. Die Wiedereinführung von Landeswährungen würde nur Vorteile für Besitzer großer Auslandsvermögen bringen, die wirtschaftlich abstürzende Länder dann billig aufkaufen könnten. Das gilt besonders für Griechenland mit seinen gewaltigen Vermögensunterschieden. Dieses Land braucht Aufbauhilfe statt eines grenzenlosen Spardiktates. »Es ist immer ein Problem, wenn man nicht aufhören kann zu siegen.«

Gysi appellierte abschließend an die Jugend: »Nehmen Sie sich für Ihr Leben Solidarität zum Ziel«. Er wurde mit nicht enden wollendem Beifall belohnt.

Dietrich Loeff

## AG Soziales informiert

Mit großem Interesse fand am Sonnabend, dem 28. April 2012, wieder die von der Potsdamer Rechtsanwaltskanzlei Ludwig Zimmermann angebotene Rechtsberatung statt. Themen der Rechtsberatung zum Sozialrecht waren diesmal: Untätigkeit einer gesetzlichen Krankenkasse bei der Genehmigung von orthopädischen Schuhen, Rente, Berücksichtigung von Vermögen bei der Beantragung von Wohngeld sowie Behinderntenrecht, unter anderem Abstufung des Grad der Behinderung.

Die nächste Rechtsberatung zu Themen der Sozialgesetzgebung und dem Arbeitsrecht findet am Sonnabend, dem 02. Juni 2012, ab 14 Uhr in den Räumen der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Forst statt. Weitere Termine der Rechtsberatung erfahren Sie in unserer Geschäftsstelle oder auf unserer Homepage: [http://www.dielinke-lausitz.de/partei/ag\\_ig/ag\\_soziales\\_forst/](http://www.dielinke-lausitz.de/partei/ag_ig/ag_soziales_forst/).

Darüber hinaus bietet die AG Soziales in Forst allen Bürgerinnen und Bürgern jeden Montag in der Zeit von 10:00 bis 14:00 Uhr (außer an Feiertagen) Unterstützung bei der Lösung ihrer Probleme an. Diese Hilfestellung steht allen Bürgern zur Verfügung, die z.B. den ihnen zugegangenen Bescheid einer Behörde zum Sozialgesetzbuch nicht verstehen oder die der Meinung sind, dieser Bescheid sei fehlerhaft. Gegebenenfalls bieten wir auch eine Begleitung zu den jeweiligen Ämtern und Behörden an.

AG Soziales

### AG Soziales lädt ein

zu einer

## INFORMATIONSVANSTALTUNG

am Dienstag, dem 12. Juni 2012,  
um 17:00 Uhr

Thema: **Rückforderung von Sozialleistungen**

Ort: Gutenberg-Oberschule,  
Bahnhofstr. 31 (Pausenhalle)

Rechtsanwalt und Fachbuchautor  
Ludwig Zimmermann als Referent  
und

Diplom-Jurist Michael Elte  
sind kompetente Gesprächspartner  
zu Rechten der Bürger  
in der Sozialgesetzgebung.

Fragen sind ausdrücklich erwünscht!

## Newsletter

### Das geltende Recht benachteiligt Minderheiten doppelt

Zur aktuellen Debatte über das Rederecht im Bundestag erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Das Rederecht ist in der Geschäftsordnung geregelt, die demokratisch von der Mehrheit des Bundestags in Kraft gesetzt wird. Soweit, so richtig. Das geltende Recht benachteiligt Minderheiten allerdings doppelt. Die Regierungsfaktionen haben addiert mehr Redezeit als alle Oppositionsparteien. Das macht Debatten länger, aber deshalb nicht klüger. Hinzu kommt: Andersdenkende bekommen fraktionsintern zumeist gar kein Rederecht. Das gaukelt Einheit vor, wo Vielfalt beleben könnte. Dagegen gab es jüngst eine marginale Öffnung der Plenar-Praxis. Die soll nun nach dem Willen der CDU/CSU, der FDP und der SPD wieder kassiert werden. Ich halte das als LINKE für feige und falsch.

Berlin, den 15. April 2012

### Wir brauchen so viel Solidarität

Auszug aus der Rede des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi, auf der 1. Mai-Kundgebung in Remscheid:

»Die Regierenden in Europa sind dabei, Europa als soziale Idee zu zerstören. Alle diskutieren nur über Einsparungen

und Ausgabenkürzungen. Nicht einmal die, von denen man es erwarten muss, diskutieren über Einnahmeerhöhungen, das heißt, über Steuergerechtigkeit in Deutschland und in Europa. Noch nie brauchten wir so viel Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft und zwischen den europäischen Gesellschaften, einschließlich der griechischen Gesellschaft.«

01.05.2012

### »NSU« (Nationalsozialistischer Untergrund) wird beklagt, Erinnern behindert

Dem »Zug der Erinnerung« droht das finanzielle Aus. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

»Der 'Zug der Erinnerung' weist anschaulich nach, dass Hitler kein Einzeltäter war, und dass die Nazis verlässliche Helfer hatten: bei der Reichsbahn, bei der IG Farben und bei viele anderen Konzernen. Und, dass Profit im Kalkül war. Der 'Zug der Erinnerung' ist ein zivilgesellschaftliches Erinnern. Der Bahn-AG war sie schon öfter – oder immer? – ein Dorn im Auge. Noch ist die Bahn-AG Bundeseigentum. Es geht also um Entscheidungen der Bundesregierung. Wenn die Bahn-AG nun dem 'Zug der Erinnerung' mit finanzieller Überforderung droht, dann ist die erste Protest-Adresse Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer (CSU). Und die schwarz-gelbe Bundesregierung.

Es ist schizophren: Das Versagen bei der aktuellen Nazi-Mordserie wird wortreich beklagt. Zugleich wird exemplarisches Erinnern an das historische Versagen in der NS-Zeit und an den Holocaust behindert.«

25.04.2012

## PINNWAND

### Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22  
 Di., 22.05.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**  
 Mi., 23.05.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**  
 Di., 29.05.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**  
 Mo., 04.06.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**  
 Di., 12.06.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**

### Einfacher

Gauck sagt gern von sich: »Ich bin ein linker liberaler Konservativer«. Warum so kompliziert? Kann er nicht einfach sagen: »Ich bin Opportunist«?

Guido Pauly

### Geburtstag

13.05.: 93 Jahre Elisabeth David  
 20.05.: 81 Jahre Hans-Joachim Lapuhs  
 23.05.: 66 Jahre Horst Beier  
 29.05.: 66 Jahre Elke Krätsch

*Herzlichen Glückwunsch,  
 unseren Jubilaren, auch all jenen,  
 die hier nicht genannt sind!*

### Rasche Lösung

Die Parteien im Bundestag haben sich nun doch dazu entschieden, alle V-Leute aus der NPD »abzuschalten«, um den Weg für ein Verbotsverfahren frei zu machen. Viel zu umständlich! Einfacher wäre es doch gewesen, die V-Männer anzuweisen, die Partei per Mehrheitsbeschluss aufzulösen.

Erik Wenk

### Rechtsberatung ...

... am Sonnabend, dem 02. und 23.06., jeweils ab 14 Uhr  
 in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22.

**Terminvereinbarung** telefonisch oder persönlich  
 jeweils Dienstag und Donnerstag von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 78 52.

### Klare Vorgabe

Auch in der CDU wird die Forderung nach einer Erhöhung der Pendlerpauschale lauter. Finanzminister Wolfgang Schäuble will aber nur zustimmen, wenn gleichzeitig die Mineralölsteuer erhöht wird.

CE

aus Eulenspiegel 5/12

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
 oder im Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
 E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)  
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:  
[malxeblatt@gmx.de](mailto:malxeblatt@gmx.de)

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.